

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2024

Studentenwerk Potsdam und Studentenwerk Frankfurt (Oder)

Frage 1: Was wird Ihre Partei tun, damit Studierendenwerke (StWs) auch weiterhin ein geeignetes Instrument zur Ausgestaltung der sozialen Infrastruktur an den Hochschulen Brandenburgs bleiben?

Die Studentenwerke sind ein unverzichtbarer Bestandteil des Brandenburger Hochschulsystems. Ohne ihren Einsatz wäre das Leben vieler Studierender mit noch größeren Einschränkungen verbunden. Wir danken den Studentenwerken für ihre wertvolle Arbeit und ihre Offenheit. Sie sind im Wissenschaftsausschuss stets willkommene Gäste.

Die CDU Brandenburg setzt sich weiterhin dafür ein, die Studentenwerke zu unterstützen, um die Planungssicherheit für Studierende langfristig zu gewährleisten. Eine enge Zusammenarbeit kann nur bestehen, wenn Raum für unterschiedliche Meinungen gegeben ist und Kritik offen ausgetauscht werden kann. Wir haben die Besuche der Studentenwerke im Wissenschaftsausschuss mit großem Interesse verfolgt und aktiv mitdiskutiert. Denn sowohl die Studentenwerke als auch die CDU Brandenburg verfolgen das gleiche Ziel: die Studierenden bestmöglich in ihrem Studium zu unterstützen.

In der Vergangenheit haben wir bereits viel für die Hochschulen und die Studierenden erreicht, was auch dem guten Austausch zu verdanken ist. Mit der Novellierung des Hochschulgesetzes haben wir beispielsweise die Mindestvertragslaufzeiten für studentische Beschäftigte auf 12 Monate festgelegt und den Natur- und Tierschutz als Aufgabe der Hochschulen verankert.

Brandenburg muss für die Zukunft gerüstet sein. Mit modernster Infrastruktur, exzellenten Lehrangeboten und einer soliden Wissensbasis wollen wir Studierende nicht nur fördern, sondern auch fordern.

Frage 2: Die beiden StWs finanzieren sich: 1. aus eigenen Umsätzen (Mieten + Hochschulgastronomie). Diese werden regelmäßig angepasst, 2. Studierendenwerksbeiträgen (zuletzt deutlich angehoben) sowie 3. die jährliche Finanzhilfe des Landes. Letztere wurde seit mehr als einem Jahrzehnt nicht erhöht. Wie möchten Sie die Finanzierung der StWs sichern, ohne die Studierenden übermäßig finanziell zu belasten?

Die CDU Brandenburg legt Wert auf eine stabile und zukunftsorientierte Wissenschaftslandschaft. Dazu gehört jedoch auch, die Preisentwicklungen der jüngsten Zeit und ihre Langzeitfolgen mitzudenken. Nach Corona und dem Ukraine-Krieg hat die Ampel die Verantwortung für Studierende maßgeblich der Landesregierung übertragen. Dies hat, mit Unterstützung der CDU, den Studentenwerken finanziell geholfen, um den Preisentwicklungen entgegenzuwirken.

Für uns sind die Studierenden ein wichtiger Zukunftsfaktor des Landes und sollten deshalb auch unterstützt werden. Wir werden uns als CDU Brandenburg dafür einsetzen, dass eine unverhältnismäßige Preisentwicklung die Studierenden nicht überlastet. Hierzu stehen wir im engen Austausch mit den Studentenwerken.

Frage 3: Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, damit die soziale studentische Infrastruktur (v.a. Wohnen und Beratung) im Zuge der Internationalisierung der Hochschulen auch der wachsenden Anzahl von Studierenden aus dem Ausland gerecht wird?

Die CDU Brandenburg begrüßt ausdrücklich die zunehmende Internationalisierung der Hochschulen und das steigende Interesse ausländischer Studierender an einem Studium in Deutschland. Diese Studierenden sind von großer Bedeutung für den deutschen Arbeitsmarkt, da sie nicht nur das akademische Leben bereichern, sondern auch wertvolle Fachkräfte darstellen, die in vielen Branchen dringend benötigt werden.

Um den Einstieg ausländischer Absolventen in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, setzen wir uns dafür ein, die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse zu beschleunigen. Dies würde den Studierenden ermöglichen, nahtlos in weiterführende Ausbildungen oder Studiengänge in Brandenburg einzutreten und ihre Fähigkeiten zu erweitern. Unser Ziel ist es, Brandenburg als Bildungs- und Forschungsstandort für internationale Talente noch attraktiver zu gestalten.

Ein zentrales Anliegen der CDU Brandenburg ist jedoch nicht nur, ausländische Studierende für ein Studium zu gewinnen, sondern auch sicherzustellen, dass gut ausgebildete Fachkräfte nach ihrem Abschluss in Brandenburg bleiben und in die regionale Wirtschaft integriert werden. Dies erfordert zusätzliche Maßnahmen, wie die Schaffung attraktiver Arbeits- und Lebensbedingungen, um den langfristigen Verbleib dieser Fachkräfte zu fördern. Wir werden uns daher verstärkt dafür einsetzen, dass Brandenburg nicht nur ein Bildungs-, sondern auch ein lebenswerter Arbeits- und Wohnort für internationale Absolventen wird.

Frage 4: Wie werden Sie die Einrichtung der sozialen Infrastruktur für die neu gegründete Medizinische Universität Lausitz unterstützen?

Die Medizinische Universität Lausitz – Carl Thiem ist ein Leuchtturmprojekt für die Region. Die CDU setzt sich dafür ein, mit der Universität nicht nur die Wissenschafts- und Forschungskapazitäten Brandenburgs ausbauen, sondern auch die Lausitz weiter zu stärken. Mit mehr pflegerischer Vorsorge sowie dem Einsatz von KI in der Forschung wird die Carl-Thiem-Universität ein wichtiges Fundament für die Zukunft des Landes. Mit 3,7 Milliarden Euro vom Bund und Land soll die Medizinische Universität Lausitz aufgebaut werden, einschließlich der sozialen Infrastruktur.

Frage 5: Wie können Sie dafür sorgen, dass Mittel und Expertise für die umfängliche Digitalisierung der Antrags- und Bearbeitungsprozesse bereitgestellt werden (Stichwort e-Akte)?

Die CDU Brandenburg steht für Zukunft – und Digitalisierung ist ein Aspekt, den wir jetzt brauchen, um in Zukunft etwas zu erreichen. Deswegen müssen wir digitale Bildung fördern. Wir benötigen bereits in jungen Jahren ein Mindestmaß an Kompetenz für digitale Infrastrukturen, sodass die Schüler ihr Wissen an den Hochschulen nutzen, innovativ ausbreiten und zukunftsorientiert einsetzen können. Besonders Ausbildung und Studium müssen in bestimmten Fällen Vorreiter der Digitalisierung sein, um auch auf Bundes- und internationaler Ebene konkurrenzfähig zu bleiben. Das Digitalprogramm ist

dementsprechend ein erster Schritt. Dieses Programm zeigt Ziele und Aufgaben im Digitalbereich auf, in die auch die Studentenwerke eingebunden sind.

Um dies weiter voranzubringen und in die Praxis umzusetzen, wollen wir als CDU Brandenburg in der nächsten Legislaturperiode eine Enquete-Kommission für KI einsetzen, die sich unter anderem mit der Digitalisierung und der Nutzung von KI an Hochschulen beschäftigen wird.

Frage 6: Wie beabsichtigt Ihre Partei dafür zu sorgen, dass in den Hochschulstädten mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht (Neubau) bzw. dieser erhalten bleibt (Sanierung)? Wie soll die im aktuellen Koalitionsvertrag angestrebte Versorgungsquote von 20 % für alle Hochschulstandorte erreicht werden?

Die CDU Brandenburg wird sich weiterhin intensiv für bezahlbaren Wohnraum für Studierende einsetzen. Derzeit liegt die Versorgungsquote bei etwa 15%, was bereits ein vielversprechender Wert ist. Allerdings ist diese Quote nicht bei allen Studentenwerken gleich und die Bedarfe variieren entsprechend. So hat das Studentenwerk Frankfurt (Oder) eine Versorgungsquote von fast 25%. Der Bestand hat jedoch einen hohen Sanierungsbedarf. Im Gegensatz dazu hat das Studentenwerk Potsdam lediglich eine Quote von rund 10% und ist deshalb viel stärker auf Neubauten und die Entwicklung neuen Wohnraums angewiesen.

Diese unterschiedlichen Herausforderungen müssen wir gemeinsam mit den jeweiligen Studentenwerken gezielt angehen. Unser Ziel ist es, die Bauverfahren zu erleichtern, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, der auch für Studierende genutzt werden kann. Dabei wollen wir das Förderprogramm „Junges Wohnen“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWGB) stärker einbinden, um mehr Mittel für den Bau von Wohnraum bereitzustellen.

Wir stehen im kontinuierlichen Austausch mit den Studentenwerken und sind zuversichtlich, in der kommenden Legislaturperiode mit unseren Maßnahmen eine passende und nachhaltige Lösung zu finden, die den Wohnraumbedarf von Studierenden in Brandenburg gezielt adressiert.

Frage 7: Es ist den Studentenwerken in Brandenburg bislang nicht möglich, Fördermittel aus dem Bundesprogramm "Junges Wohnen" zu akquirieren. Es fehlt an einer für die Studentenwerke passenden Förderrichtlinie, die es in anderen Bundesländern bereits gibt. In Brandenburg ist dieses Förderprogramm in der allgemeinen sozialen Wohnraumförderung verankert, was es den Studentenwerken bislang unmöglich macht,

Durch den regelmäßigen Austausch im Wissenschaftsausschuss kann sich die CDU Brandenburg stets ein aktuelles Bild von der Lage der Studentenwerke machen. Einer Prüfung der Forderung der Studentenwerke nach der Möglichkeit zur Kreditaufnahme stehen wir offen gegenüber. Allerdings bedarf es einer klaren Festlegung der Verantwortlichkeiten und Haftungsfragen, bevor diese Option weiterverfolgt werden kann.

In den kommenden Haushaltsverhandlungen werden wir die Forderung nach einer entsprechenden Förderrichtlinie eingehend beraten. Unser Ziel bleibt, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen – insbesondere für Auszubildende und Studierende.

Frage 8: Sanierungsstau und ungeklärte Zuständigkeiten sorgen dafür, dass der Mensabetrieb gefährdet ist und wir als Nutzer der Räumlichkeiten unseren sozialen Auftrag nicht mehr erfüllen können. Aktuell müssen die Hochschulen den Sanierungsbedarf beim MWFK anmelden. Der Sanierungsbedarf in den Mensen konkurriert dann mit dem Sanierungsbedarf im Lehr- und Forschungsbetrieb. Wie möchten Sie dieses Problem lösen?

Die CDU Brandenburg sieht einen dringenden Handlungsbedarf bei der Sanierung und Modernisierung der Brandenburger Hochschulen. Der Zustand unserer Mensen in Brandenburg ist in Bezug auf die Ausstattung unzureichend. Aufgrund der verzögerten Arbeit des MWFK sowie der Überlastung des BLB werden dringend notwendige Mensasanierungen oft zurückgestellt. Die CDU Brandenburg setzt sich daher dafür ein, dieses Problem in der nächsten Legislaturperiode zu lösen.

Um Sanierungs- und Bauprojekte schneller voranzutreiben, planen wir, den BLB sowie das zuständige Personal besser aufzustellen und effizienter zu organisieren. Zukünftig müssen die Hochschulen als Nutzer der Gebäude stärker in die Planungs- und Umsetzungsprozesse eingebunden werden, um optimale bauliche Bedingungen in allen Bereichen sicherzustellen. Dabei ist es entscheidend, die Zuständigkeiten für Reparaturen und Sanierungen klar zu definieren und diese schnellstmöglich anzugehen.

Ein Modellprojekt mit der FHP Potsdam und der FH Brandenburg, bei dem diese Hochschulen die Bauunterhaltung vollständig selbst übernommen haben, ist schon gestartet. Die Ergebnisse dieses Projekts stehen noch aus, und es bleibt abzuwarten, ob dies auch Auswirkungen auf die Studentenwerke haben wird.

Frage 9: Wie positionieren Sie sich zu dem Fakt, dass die zahlreichen Mitarbeitenden der Hochschulen bei der Preisgestaltung in den Mensen den Landesbediensteten schlechter gestellt sind (Landesvorgabe, dass Hochschulbedienstete den Gästepreis zahlen müssen und es keine eigene Preiskategorie geben darf)?

Die Mitarbeiter der Hochschulen sind ein wichtiger Bestandteil der Hochschulen und müssen dementsprechend auch fair behandelt werden. Der Unterschied zwischen den Mitarbeitenden der Hochschule und den Studierenden ist, dass die Mitarbeitenden für ihre Arbeit ein Gehalt beziehen, die Studierenden jedoch nicht. Dementsprechend werden die Studierenden auch finanziell unterstützt, zum Beispiel beim Mensaessen. Eine Gleichstellung der Mitarbeitenden mit den Studierenden wäre daher nicht fair.

Wir sehen keinen Grund, die Mitarbeiter der Hochschulen in die Gruppe der Studierenden einzubeziehen. Die CDU Brandenburg steht in engem Kontakt zu den Studentenwerken sowie den Hochschulen, um die Mensapreise im Blick zu behalten und bei Bedarf gemeinsam mit allen Betroffenen eine Lösung zu erarbeiten.

Frage 10: Welche Bedeutung misst Ihre Partei der verlässlichen und nachhaltigen Finanzierung sozialer Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei (Sozialberatung, psychosoziale Beratung, Jobvermittlung, Kinderbetreuungsangebote)?

Studierende stehen vor ähnlichen Herausforderungen wie die Mehrheit der Bevölkerung. Besonders unter Prüfungsdruck oder durch eine Nebentätigkeit können sie an ihre Belastungsgrenzen geraten. Wenn finanzielle Sorgen oder die Verantwortung für Kinder hinzukommen, ist das Limit oft erreicht.

Aus diesem Grund messen wir den Beratungs- und Unterstützungsangeboten an den Hochschulen einen hohen Stellenwert bei. Es ist uns wichtig, dass Studierende in Fragen wie Sozialberatung und Jobvermittlung nicht allein gelassen werden. Dies gilt insbesondere für internationale Studierende, die sich oft mit der deutschen Bürokratie auseinandersetzen müssen.

Die CDU Brandenburg setzt sich in diesem Zusammenhang dafür ein, dass Studierende die notwendige Unterstützung erhalten, um ihr volles Potenzial an den Hochschulen entfalten zu können. Mit der Zielvereinbarung des Studentenwerks Frankfurt (Oder) mit dem Wissenschaftsministerium haben wir bereits eine rechtliche Grundlage, die von der CDU Brandenburg unterstützt wird.